

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den neu
u. den Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Agr. Sachsen
u. Herzogth. Sach.-Mittelnburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Agr., — Privat- und Begrüßungs-Anzeigen mit 2 1/2 Agr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 143.

Mittwoch, 9. Dezember.

1874.

Rede Hasselmann's

über den Antrag auf Beurlaubung der gefangenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

(Reichstags-Sitzung vom 21. November 1874.)

(Schluß.)

Die Sozialdemokraten, in diesem Falle die sozialdemokratischen Abgeordneten, befinden sich fortwährend in der Lage, nicht bloß überwacht, sondern mit Spionen umgeben zu sein; sie können jeden Augenblick in einen Tumult hineingerissen werden, der nicht von den Arbeitern ausgeht, nicht von ihren Parteigenossen, sondern durch ungesetzliche Auflösung von Versammlungen von den Behörden provoziert ist. Ich möchte wirklich denjenigen kennen, dem es leicht wird, eine Versammlung von 200 Mann, die ungerade Weise durch die Polizei auseinander getrieben wird — wie wir es hier in Berlin erlebt haben — zu beruhigen und davon abzuhalten, gegen den im Unrecht sich befindenden Beamten zur Selbsthilfe zu schreiten. Dazu gehört allerdings ein sehr großer Einfluß auf die Leute und sehr ruhiges und kaltes Blut, und wenn es uns Sozialdemokraten gelungen ist, in der letzten Zeit in dieser Hinsicht die Ordnung aufrecht zu erhalten, welche durch jene Personen gefährdet worden ist, welche die Versammlungen ungesetzlich auflösen, dann, meine Herren, ist das ein Glückszufall. Aber ebenso leicht könnte es sich ereignen, daß Versammlungen thätlichen Widerstand ausüben, und dann wäre das nächste, und mitten in der Masse zu verhaften und wegen Landfriedensbruchs oder etwas Aehnliches den Prozeß zu machen. Der Herr Abgeordnete Lasker hat in einer eigenthümlichen Weise sich über die Sachlage geäußert; er hat speziell Anspielungen auf Volksversammlungen gemacht, welche von anderen Parteien einberufen waren, in welchen aber die Sozialdemokraten die Majorität hatten und in Folge dessen das Bureau in die Hände nahmen. Nun, wenn eine Partei das Volk einladet, jeden Staatsbürger einladet zu einer allgemeinen öffentlichen Volksversammlung, dann ist es einfach eine Fälschung der öffentlichen Meinung, wenn diese Partei nachträglich, weil sie als Minorität erschienen ist, nun die Majorität terrorisiren will. Wenn deutliche Abstimmungen vorliegen, wie beispielsweise im Falle der sogenannten Gewerkschafts-Versammlung, auf welche Herr Lasker wahrscheinlich angespielt hat, wenn, wie in jener Versammlung, in diesem Falle die Majorität sich offen und klar dafür entscheidet, daß ein Sozialdemokrat die Versammlung leiten soll, dann muß Jeder, der parlamentarische Formen hochhalten will, sich dem Willen der Versammlung fügen, nicht aber, wie es geschehen ist, Tumult erheben gegen die sozialdemokratische Majorität der Versammlung. Und wenn die Sozialdemokraten eine solche Versammlung fortsetzen, welche als Volksversammlung einberufen ist, und in der sie die Majorität haben, nun dann geschieht nichts weiter, als daß sie das staatsbürgerliche Recht der Volksversammlung wahren, nicht, wie der Herr Lasker behauptet, „mit Füßen treten“. Eine Fälschung der öffentlichen Volksmeinung, eine Fälschung der Volkssouveränität in den Versammlungen können wir nicht dulden. Indem ich mich auf diese unbestreitbare Thatsache berufe, will ich nur auf die Schließe des Lasker'schen Ausspruchs vom Grachus, dieses Citat war das unglücklichste, welches jemals gemacht wurde. Nach den Ueberlieferungen des Alterthums ist nur durch diese einzige Wortwendung über die Grachen behauptet, daß sie nach dem Aufstande lastern gewesen seien. Dagegen haben sämtliche Schriftsteller des Alterthums, sowie der neueren Zeit, die Grachen hoch geachtet und ihnen nicht den Aufstand untergeschoben. Also wenn der Herr Abgeordnete Lasker uns anklagt, gleich jenem Rhetor, welcher spottet, daß die Grachen sich über den Vorwurf des Aufstandes beklagen, nun dann nehme ich diesen Vergleich mit den Grachen mit Dank an. Die Grachen wollten auf friedlichem Wege, den Aufstand vermeidend, die soziale Reform durchführen, und so will es auch die Sozialdemokratie. Nicht die Sozialdemokraten sind jene, welche zu Exzessen mahnen, welche zu Gewaltthaten aufreizen, welche den Weg der Rohheit beschreiten, sondern es sind jene, welche mit dem Knüttel drohen und die Sozialdemokraten auf der Straße todzuschlagen drohen. Wir brauchen uns in dieser Beziehung freilich durchaus nicht zu fürchten. Im Uebrigen giebt uns die Diskussion Mittel und Wege genug an die Hand, um zu konstatiren, welchen Weg wir jetzt beschreiten: wir wollen die öffentliche Meinung aufklären! Gerade der Fall, der heute Ihrer Abstimmung vorliegt, der Fall des Abgeordneten Most, liefert klar und deutlich den Beweis, daß auch Most in einer intrinseken Rede aufgefordert hat, daß die Sozialdemokratie den friedlichen Weg nicht aus den Augen lasse. Der Gerichtshof hat nämlich wörtlich erklärt, daß der Abgeordnete Most nicht zum Aufstande aufgefordert habe, — sondern, daß er nur durch die Darstellung der Verhältnisse in Frankreich, aufgereizt habe. Wir haben hier eine Interpretation des § 130 vor Augen, welche geradezu unerhört ist: sobald ein Sozialist in Deutschland die Vorgänge der Pariser Commune erwähnt, wie es der Abgeordnete Most und noch viele andere Sozialdemokraten gethan haben, dann verlangt man von ihm, daß er entweder diese geschichtlichen Ereignisse in einer Weise anlege, welche seiner Ueberzeugung fern liegt, oder daß er schweige; wenn er aber spricht und diejenige Meinung über die geschichtlichen Thatsachen äußert, welche er für wahr und richtig erachtet, dann macht man ihm den Prozeß und schließt folgerichtig so, wie es die Urtheile der Berliner Gerichte ausgesprochen haben: es habe ein deutscher Sozialist keine Veranlassung, die französischen Arbeiter gegen die französische Bourgeoisie aufzureizen, sondern durch die Schilderung der schänd-

lichen Behandlung der französischen Arbeiter ziele er nur auf die deutsche Bourgeoisie hin und wolle die deutschen Arbeiter gegen die deutsche Bourgeoisie aufreizen. Auf Grund dessen wird förmlich, offiziell oder offiziös, die Geschichtsfälschung in Deutschland groß gezogen und das freie Wort gebunden. Während auf der einen Seite durch den Kanal der Reptilienpresse in jeder Weise zu Haß und Verachtung gegen die Sozialdemokratie aufgereizt wird, während durch ihn die klarsten historischen Thatsachen in Bezug auf die Pariser Commune entstellt und selbst diejenigen Leute, welche ein besseres Urtheil in dieser Sache sich verschaffen möchten, getäuscht, geradezu hinter's Licht geführt werden, — in demselben Augenblicke wo dies geschieht, unterbindet man die zweite Ader, durch welche die Stimme der Arbeiter, derer, welche solidarisch sind mit jenen Massen, die in Paris geblutet haben, in die Oeffentlichkeit hineinbringen könnte. Dem Abgeordneten Most sowie dem sozialdemokratischen Parteigenossen ist es widerfahren. Ich frage aber: ist das kein Tendenzprozeß? Ausdrücklich wird ja die Tendenz ausgesprochen! Weil der Vortrag vor Arbeitern gehalten wurde, weil in ihm Arbeiterverhältnisse besprochen sind, obgleich es französische Arbeiterverhältnisse waren, nur deshalb wurden ja jene für schuldig erklärt und die Anklagen überhaupt als staatsgefährlich bezeichnet. Nun, meine Herren, wenn wir in der Weise schweigen sollen, wo bleibt die Freiheit! Der Abgeordnete Lasker hat schon gesagt, als er den Kerker verlassen, habe er keine Freiheit gefunden. Es existirt auch keine Freiheit. Jeder Versuch wenigstens, die Freiheit auszunutzen, wird mit Anklagen und mit Kerkerhaft beantwortet. Trotz alledem können Sie, meine Herren, es den Arbeitern nicht verwehren, daß sie darauf hinweisen, wie ihre Brüder und Gesinnungsgenossen in Frankreich auf die Barrikaden hinausgehrt worden sind, und welche Gräueltaten dort gegen jene geschehen sind. Ich denke, daß die fünfzigtausend Leiden von Männern, Weibern und Kindern, welche in den Straßen von Paris eingescharrt sind, daß das entsetzliche Blutergießen durch die Pariser Ordnungsbandiden, das nach Hause schreit — wie der Abgeordnete Most gesprochen —, daß diese Bluthochzeit ein geschichtliches Brandmal zu gewärtigen hat. Und wenn Niemand anders dieses Brandmal ausdrückt, ist das die Pflicht derer, welche sich mit dem Arbeiterstande und dem Sozialismus identifiziren. Man denke an die neue Art von Fremdenverfolgung an die Hege von Frauen, von sogenannten Petroleusen — welches Geschwäg und Petroleusenwesen ist dies — innerhalb in die öffentliche Meinung hineingetragen und genährt worden, lediglich um dieselbe zu säulen! Man entblödete sich nicht, bei jeder Gelegenheit mit solchen Aemmenmärchen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, man unterbindet ihr das Recht, ihre Meinung gegen solche Vorwürfe zu vertreten und die Partei der Bourgeoisie in Frankreich in das richtige Licht zu setzen, welche die wahren Gräueltaten begangen hat. Was man aber hundertmal uns erklären, das, was die Commune gethan hat, sei nicht zu rechtfertigen, mag man uns hundertmal erklären, wie heute von verschiedenen Seiten geschehen ist, auch vom Herrn Reichskanzler aus, daß das persönliche Gewissen unbedingt den Landesgesetzen unterliege oder auch demjenigen, was die Regierung kommandirt; trotz alledem habe ich es niemals den Pariser Arbeitern verdrast, daß, als man ihnen keinen Pardon gegeben hat, und die Gefangenen einfach fesselt und hingeschlagen hat, auch sie von jedem Mittel der Bertheiligung Gebrauch gemacht haben und sich gewehrt haben bis zum letzten Athemzuge. Meine Herren, ich hätte es wahrhaftig nicht anders gemacht!

Präsident: Ich erlaube mir den Herrn Redner jetzt zu unterbrechen. Ich habe ihn soweit sprechen lassen, wie es nur irgend möglich war; aber im Augenblicke spricht er nicht mehr zur Sache. Ich muß ihn daher bitten, jetzt zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Hasselmann: Ich dachte, dies bezöge sich auf die Sache, weil es sich speziell um die Beurtheilung des Abgeordneten Most aus diesen Gründen handelt. Nun, meine Herren, in derselben Weise wie uns hier vollständig verwehrt wird, daß wir uns über Thatsachen äußern, welche innerhalb der Geschichte der neuesten Zeit fallen, aus demselben Grunde kann man jede Diskussion unterbinden, welche irgend einen sozialistischen Anstrich hat. Man darf dann nicht vom Bauernkriege sprechen, man darf nicht von der ersten französischen Revolution sprechen. Bei jedem Versuche eines sozialdemokratischen Abgeordneten, in dieser Weise auf die öffentliche Meinung Einfluß auszuüben, bei jedem solchen Versuche außerhalb des Reichstages verfällt er nach der gegenwärtigen Praxis dem Strafrichter und wird seiner parlamentarischen Thätigkeit vollständig entzogen. Und meinen Sie, daß nicht noch vieles hier in Betracht kommt? Wird nicht der Dienst, mittels welchem der Polizeibeamte irgend eine Aeußerung in seinen Aussagen bekräftigt, fast regelmäßig vom Richter in erster Linie bekräftigt, trotz der sonstigen Zeugenaussagen? Kurz, dieser Zustand bewirkt, daß, sobald wir überhaupt ein Abgeordneter des Hauses seine Meinung äußert, er sich einen Strich um den Hals gelegt fühlt, der in dem Augenblicke sich zuschnürt, wo er nicht mit dem herrschenden Regierungssystem und der herrschenden Gesellschaft eine und dieselbe Meinung äußert. Jede Opposition außerhalb des Reichstages ist dadurch abgeschnitten, jede Versammlung, um auf die Wahlen Einfluß auszuüben, wird dadurch gelähmt, da bei jeder Gelegenheit, wo eine Wahlrede, eine Kandidatenrede gehalten wird, in dieser Weise durch eine Ueberwachung, durch Ordonanzen der Regierung, durch Rundschreiben des Ministeriums oder durch Auflösung der Versammlung die Gelegenheit zu Anklagen gegeben wird; jederzeit liegt auch die Möglichkeit dazu vor, daß durch die Auflösung der Versammlung ein Tumult entsteht, in welchem der Reichstagskandidat verhaftet wird. Nun,

meine Herren, wenn dann das „Schuldig“ gesprochen wird, dann ist sofort der gewählte Abgeordnete auf lange Zeit hinaus unschädlich gemacht. Der Abgeordnete kann trotz seiner Wahl nicht im Reichstage erscheinen, die Wähler befinden sich in der Lage, im Reichstage nicht vertreten zu sein, mit einem Worte, die officiösen Kandidaturen sind sodann überall eingeführt und durchgesetzt. Man sage nicht, daß alle Parteien gleichmäßig hier betroffen werden. Allerdings würde in der Beziehung Gleichmäßigkeit stattfinden, wenn sie alle Opposition machen würden, das heißt energische Opposition. Aber geschieht denn das? Haben wir es denn jemals erlebt, daß wirklich mit scharfer Energie die Opposition der Liberalen durchgeföhrt ist? — Nein, wir haben es nicht erlebt. Sobald die Macht gesprochen hat, haben sich alle Parteien gefügt mit Ausnahme der reinen Demokratie, und diese ist jetzt nur noch vertreten durch die Sozialdemokratie. Wir haben es genugmal erfahren, daß gewaltthätige Revolutionen nicht von unten, sondern von oben gemacht sind. Beispielsweise war es nicht die Demokratie, welche im Jahre 1849 den Bürgerkrieg veranlaßt hat, sondern es wurde von oben herab eine Revolution mittels der Bajonette geschaffen, als damals die Parlamente mit dem Bajonett gesäubert wurden und die Verfassungen umgestürzt als ein leeres Blatt Papier. Dann ist nie irgend eine andere Partei als die Demokratie mit dem Säbelregiment in Konflikt gekommen, und daher die Verfolgungen auch keine Partei in der gleichen Weise wie die Sozialdemokratie. Es ist darauf hingewiesen worden, welcher Art die Behandlung einzelner Abgeordneten, beispielsweise die des Abgeordneten Most im Kerker ist, daß man demselben die geistige Thätigkeit und die geistige Arbeit entzieht, — eine Folter! Ein Abgeordneter bemerkt dazu scherzhaft, daß bald die Zeit kommen würde, wo nur derjenige salonsfähig sei, der im Gefängnis gelesen habe. Nun, meine Herren, es ist dieses schon einmal dagewesen. Wir haben es erlebt bei denjenigen, welche im Jahre 1849 in den Kerker geworfen sind und dort haben „spinnen“ müssen, weil sie ihr Gewissen nicht verkaufen, nicht schweigen und verstummen wollten. Aber nachdem sie im Kerker mißhandelt wurden, was war die Folge? Daß das deutsche Volk ihrer annahm und die freirechtliche Stimmung innerhalb des deutschen Volkes zeitweilig fast unwiderstehlich wurde. Nur durch die Schwäche der liberalen Parteien, nur durch die Schwäche jener, welche sich Volksführer nannten, aber keine Volksführer waren, sondern Volksverführer und -Anführer, — nur durch diese Schwäche ist die Volksbewegung wieder ins Stoden gerathen. Jetzt erwacht sie aber wieder, und jetzt steht an ihrer Spitze die Sozialdemokratie, welche dafür eintritt, daß die volle politische und die volle soziale Freiheit geschaffen wird. Meine Herren, die Antwort darauf ist: neue Kerkerhaft und erschwerende Kerkerhaft. Da hat man dem Abgeordneten Most zugerufen, als er in Plögensee eingezogen wurde: „Sie sind schlimmer als ein Dieb.“ Ja, meine Herren, so ist es. Derjenige ist schlimmer als ein Dieb, derjenige gilt wenigstens schlimmer als ein Dieb bei den herrschenden Parteien und herrschenden Klassen, welcher den Diebstahl, den gesetzlich erlaubten Diebstahl aus der Welt hinausschaffen will, derjenige, welcher jenen Diebstahl bekämpft, der so schön das Gesetz zu umgehen weiß und schließlich trotz aller Regierungskommissionen, die ihn aufdecken sollen, doch mit einem Wäntelchen sich verdecken läßt. Der Abgeordnete, der vor seinen Wählern oder Gesinnungsgenossen äußert, daß, wenn dieser Diebstahl weiter fortgesetzt würde, schließlich ein Zeitpunkt kommen könnte, wo die Geduld des Volkes reißt und wo das Volk sich selbst Recht verschafft, — nun meine Herren, der ist natürlich schlimmer als ein solcher Dieb, der hat ja zu Haß und Verachtung aufgereizt — und sei es Haß und Verachtung gegen dem gesetzlich erlaubten Diebstahl; da ist es dann auch natürlich ganz gerechtfertigt — so werden viele denken und viele handeln, — daß ein solcher Mann nun auch behandelt wird schlimmer als ein Dieb und schlimmer als ein gemeiner Verbrecher! Wir haben nicht bloß ein juristisches Interesse an dem vorliegenden Antrag, es soll sich nicht bloß darum handeln, ein Gesetz in Bezug auf die Rechtsplege zu geben, sondern es handelt sich vor allem darum, zu konstatiren, ob der Kampf zwischen den zwei Klassen, zwischen den Arbeitern und der Bourgeoisie und der Aristokratie, zwischen der Sozialdemokratie und der allgemeinen verbündeten Reaktion mit allen Mitteln geführt werden soll. Und er wird allerdings mit allen Mitteln geführt, wenn — wie es jetzt ist — mit Fallstricken jeder Art, mit Verfolgungen jeder Art gegen die eine Seite vorgegangen wird, während die andere Partei sich selbst bei Gesetzesverletzungen vollständiger Straflosigkeit zu erfreuen hat. Wenn die eine Seite durch Verhaftungen mundtot gemacht wird, während die andere Seite durch die Abwesenheit der Opposition in den Stand gesetzt ist, die Gesetze in ihrem Interesse zu geben, wie kann man dann auch von dem Volke verlangen, sein Gewissen Gesetzen unterzuordnen, welche gemacht werden, ohne daß die Vertreter des arbeitenden Volkes daran Theil nehmen könnten? Wenn Sie daher diesen Antrag ablehnen und weiter mit Haß und Verfolgung fortwährend gegen die Vertreter des großen hungrigen Proletariats, die Vertreter der Arbeiter, vorgegangen wird, wenn die große Masse des Volkes nicht zum Worte kommen und ihre Beschwerden geltend machen kann, — nur geschieht dann anders, als daß einfach Bolles sich für vollständig rechtlos erachtet herein sei bereits der Stab über sie gelbündig erklärt: wir spielen bei einer mehr mit, wir gehen unseren eigenen werden die wohlhabenden Klassen nicht als das, was sie bei den Arbeitern als

Satz und Betrachtung", als sogenannte "Aufforderung und Vorbereitung zur Revolution" verfolgen. Die Revolutionen entstehen nicht künstlich, sie erwachsen aus den sozialen Verhältnissen, sobald der Druck übermäßig und von der großen und enterbten Klasse des Volkes nicht mehr zu ertragen ist. Wenn der Sklave seine Kette nicht mehr tragen kann, dann zerbricht er sie, und wenn der Sklave auf das äußerste gepeinigt wird, dann wendet er sich gegen seinen Herrn. Daher, meine Herren, ist es wirklich komisch, wenn gerade jeder Versuch, der von unserer Seite, von der Sozialdemokratie gemacht wird, das Verhältnis klar zu stellen und das Volk aufzuklären, damit es mit dem nötigen Nachdruck den rechten Weg beschreite, der aus den heutigen trostlosen Verhältnissen herausführt, derart ausgelegt wird, als liege eine Vorbereitung gewalttätiger Revolutionen vor. Daß Intriguen gegen uns spielen, — auch im Geheimen — daß weiß ich wohl; ich selbst habe dergleichen noch vor wenig Tagen erlebt. Ich bekam einen Brief aus Brüssel von den dortigen Internationalen, wonach eine verdächtige Person sich mit einem gefälschten Briefe von mir dort vorgestellt hat, angeblich um eine Verbindung der deutschen Sozialisten mit den belgischen zu gewalttätigen Revolutionen zu unterhalten. Meine Herren, wer hätte an einer solchen Verschwörung ein Interesse? Wir Sozialisten nicht! Auch würden wir wenigstens nicht so offen und heimlich die bewirken. Aber jene haben ein Interesse daran, die uns verfolgen. Und ebenso wie man einen Wald in den Kerker geworfen und durch falsche Zeugen angeklagt hat, ebenso wie einst ein Stieber fingiert hat im Kommunistenprozesse und ein Henze dergleichen, ebenso, meine Herren, können wir uns auf ähnliche Dinge gefaßt machen bei der allgemeinen Sozialistenhege. Deshalb ist es klar, daß der heutige Antrag nicht entkiffet werden kann von allen Partei- und gesellschaftlichen Verhältnissen. Es handelt sich um zwei Parteien, um die Partei der Sozialdemokraten und die allgemeine verbündete Partei der Reaktion. Es handelt sich um zwei Klassen: um die Arbeiterklasse und um die Klasse der Besitzenden. Es handelt sich darum, ob der Zwiespalt und Kampf zwischen denselben auf friedlichem, gesetzlichem Wege verlaufen soll, oder ob jene Partei, die heute noch das Heft in Händen hat, die Partei der Arbeit von diesem gesetzlichem Wege vorzuziehen will. Meine Herren, entscheiden Sie sich daher für eins von beiden, wie Sie es für das richtige halten: entscheiden Sie in der Weise, wie Sie es wollen! Wollen Sie Krieg oder wollen Sie Frieden? (Heiterkeit.) In der Weise mögen Sie ihr Verdikt fällen! Es ist sehr bequem, der Arbeiterpartei alle möglichen Vorwürfe zu machen. Es ist sehr bequem, die Arbeiterpartei beispielsweise anzuklagen, das jeder Konflikt, den dieselbe mit dem Gesetze hat, lediglich ihre eigene Schuld sei, vielleicht eine Folge der sogenannten Rohheit, welche aus der Parloirschen Rohheitsstatistik sich ergeben soll, und der Herr Reichsminister hat ja auch eine ähnliche Anspielung gemacht. Aber, meine Herren, ich glaube, wenn man der Sache auf den Grund geht, wenn man beispielsweise fragt, wo die meiste Rohheit sich äußert, wenn man betrachtet, wie das Duellwesen auf den Universitäten großgezogen wird und in der Armee, also auch eine Gesetzesverletzung — wenn man es ansieht, betrachtet, daß dies Unwesen von hochgestellten Personen begangen wird, wie wir Fälle in Kassel und Dresden erst kürzlich erlebt haben, dann, meine Herren, glaube ich, daß man mit dem Vorwürfe gegen die Klasse der arbeitenden Volkes, gegen die Partei der Sozialdemokraten sparsamer sein könnte. Die Sozialdemokratie hat kein Interesse daran, in dieser Weise die Sitten zu verwildern, sie will die Kultur fördern, die Sozialdemokratie will einen wahren Kulturkampf führen, welcher für alle Menschen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schaffen soll, und dieser Kulturkampf beginnt nicht mit rohen Maßregeln. So hat denn auch die Sozialdemokratie jederzeit die Rohheit verabscheut.

Präsident. Jetzt muß ich den Herrn Redner unterbrechen. Er spricht jetzt entschieden nicht mehr zur Sache, und ich rufe ihn hiermit zum ersten Male mit den Folgen der Geschäftsordnung zur Sache.

Abgeord. Hasselmann: Und in dieser Weise, meine Herren, wird die Sozialdemokratie auch dann, wenn ihre Abgeordneten sich mit dem Gesetze in Konflikt befinden, zu betrachten sein. Wir unterbreiten Ihnen den Antrag — noch einmal gesagt — larger Hand, indem wir denselben als Ausdruck der öffentlichen Meinung innerhalb der Arbeiterpartei und der Sozialdemokratie betrachten; entscheiden Sie darüber, ob Sie die Sozialdemokratie auf dem Wege des friedlichen und gesetzlichen Beharrens, welches sie bis jetzt als ihre Richtschnur betrachtet hat, erhalten wissen wollen, oder ob Sie ihr diesen Weg aufs neue erschweren wollen. Die sozialdemokratische Partei wird im übrigen trotz aller Verfolgungen und selbst wenn alle ihre Abgeordneten im Kerker weilen müssen, keinen Schritt abweisen von ihren Prinzipien, sondern fest stehen bis auf's Aeußerste!

Politische Uebersicht.

— Aus England. In der Landarbeiterfrage haben die Pächter in England das Publikum vergebens über die erbärmlichen Löhne, die sie zahlen, zu täuschen gesucht. Der "Dechive" überführt sie der Täuschung, besonders in Bezug auf die noch viel schlechter bezahlte Frauenarbeit, und die "Landarbeiter-Union" leitet durch alle erdenklichen Mittel die Arbeiter aus den Gegenden mit den schlechtesten Löhnen in solche Gegenden hinüber, wo die Löhne noch besser sind, um so in den schlechten Gegenden die Löhne emporzutreiben. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird überhaupt auf der ganzen Linie immer schroffer. Nachdem die Arbeiter eine Zeit lang bessere Löhne erhielten — die jedoch mit dem Profit der Unternehmer in gar keinem Verhältnis standen — wird jetzt in allen Branchen der Druck wieder jeden Tag ärger, und Strikes und Aussperrungen sind an der Tagesordnung.

— Am Clyde, wo u. A. Glasgow liegt — es ist das einer der Hauptplätze der englischen Maschinenindustrie — droht ein Kampf mit kolossalen Dimensionen auszubrechen. Das Geschäft ist natürlich in die allgemeine Krise mit hineingerissen worden, und auf Grund dessen, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Krise, haben die Fabrikanten eine Reduktion der Löhne — bei Strafe der Aussperrung — angekündigt. Nun, was die Krisen verursacht, ist ja mahnigentlich bekannt. Durch die Schuld der Arbeiter entstehen sie nicht. Gleichzeitig haben die Fabrikanten am Clyde eine Verlängerung der Arbeitszeit angekündigt. Das Gegentheil wäre doch das Vernünftige. Doch das Capital rechnet anders. Wenige Arbeiter, die für weniger Geld längere Zeit arbeiten, ermöglichen dem Arbeitgeber, die dann eine verfügbare Menge, zu jedem Preis zu habenden Produkte, zu jedem Preis zu verkaufen. Der Kampf um die neunstündige Arbeitszeit des "Dechive", muß jeder englische Arbeiter, der dann eine verfügbare Menge, zu jedem Preis zu habenden Produkte, zu jedem Preis zu verkaufen. Der Kampf um die neunstündige Arbeitszeit des "Dechive", muß jeder englische Arbeiter, der dann eine verfügbare Menge, zu jedem Preis zu habenden Produkte, zu jedem Preis zu verkaufen.

der Arbeitszeit ist das Wichtigste für den Arbeiter, ja geradezu eine Lebensfrage für ihn. Wird der Kampf auch hart, der Sieg verbleibt doch zuletzt den Arbeitern!

Was nun den Klassenkampf im Kohlegewerbe betrifft, so haben im Bigan-Distrikt die Arbeiter sich auf vierzehn Tage der Lohnreduktion von 10 Prozent gefügt. Nach dieser Zeit soll wieder der alte Lohn gefordert werden. — Nach einer Massenversammlung der Kohlenarbeiter von Süd-wales wurden die Arbeiter der Cyfarthfa-Bergwerke aus der Union ausgeschlossen, weil sie die Lohnreduktion ihrer Arbeitgeber zu früh angenommen hatten. Auch verurtheilte die Versammlung die Handlungsweise der Bergarbeiter von Dowlais, die ohne Bewilligung die Arbeit wieder aufnahmen, und empfahl in einer dritten Resolution allen Arbeitern, denen eine Besserung ihrer Lage durch Verlassen der Gegend möglich wäre, dies zu thun. — Der Eisenhandel liegt sehr danieder und die Arbeitgeber werden wohl nächstens aufhören lassen zu arbeiten. Bis jetzt ist der durch fernere Lohnreduktion heraufbeschworene Strike noch vermieden und die Eisenarbeiter des Ebbwthal-Distrikts haben sich gefügt. — Im Durham-Kohlenbezirk hielt die "Durhamer Bergarbeiter-Union" kürzlich eine Versammlung in Durham ab. Es waren ca. 230 Delegierte anwesend, die mehr als 44,000 Bergleute vertraten. Das Resultat der Verhandlung über die Lohnfrage erweckte im ganzen Lande großen Jubel. Die Lohnreduktion beschränkt sich, statt der von den Patronen verlangten 20 pCt. nur auf 9,09 pCt. Die Durhamer Kohlenarbeiter leiteten noch eine andere Bewegung zur Herabdrückung der Löhne ein. Die vorgeschlagene Lohnreduktion, deren Betrag noch unbekannt, soll sich nur auf diejenigen Arbeiter erstrecken, die nicht in Russell Gurney's Schiedsgericht eingeschlossen sind. Jener Schiedsgericht galt nur für die eigentlichen unter der Erde arbeitenden Bergleute. Die neue Reduktion soll sich auf die über der Erde arbeitenden Kohlenarbeiter erstrecken. Eine Versammlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern blieb entscheidungslos. — In Schottland wurde kürzlich die erste Konferenz von schottischen Kohlenarbeiter-Delegierten seit der Kohlen- und Eisenstreik des letzten Sommers in Glasgow abgehalten. Die Berichte zeigten die Gesuche um Lohnreduktion wirkungslos; in Stirling und Perthshire hatten die Arbeitgeber sogar weitere Lohnreduktion in Aussicht gestellt, in West-Lothian fügten sich viele den Bedingungen und die Reddens-Bergleute nahmen nach dreimonatlichem Strike die Arbeit wieder auf. Macdonald sprach über die schlechte Handhabung der Kohlenregulierungsakte in Schottland und sagte, daß der Lord Advocate eine Deputation von Bergleuten in dieser Angelegenheit empfangen würde. Er hofft dadurch eine Besserung. Die Konferenz beschloß in einem Circular die Forderung eines Lokalausschusses für Schottland, zu gleichen Theilen aus Grubenbesitzern und Bergleuten zusammengesetzt, zur Erleuchtung aller schwebenden Fragen zu verlangen. Das Gerücht, daß die Durhamer Bergleute sich gegen Russell Gurney's Schiedsgericht aufgelehnt und diesen Schiedsgericht bei der Arbeit nicht einhalten wollten, war unbegründet.

In Little-Dean waren acht Bergleute angeklagt, auf den Kohlengruben von Solopu Niederer zwei andere Bergleute einzuschleichen versucht zu haben. Die Angeklagten hatten eine Lohnreduktion gefordert, dafür wurde ihnen gekündigt. Als am anderen Montage die zwei für sie neuengeworbenen Arbeiter von der Arbeit gingen, warfen die Angeklagten sie mit Steinen, und als der Aufseher den Eindringlingen beistand, wurde er auch mit Steinen geworfen und die neuen Arbeiter gemißhandelt. Fünf der Angeklagten wurden zu 3 Monaten, zwei zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt und einer freigesprochen.

Aus Marx "Kapital" wissen wir, wie das Gemeindefeld allmählich von den habgierigen Aristokraten durch sogenannte "Enclosure Acts" (Einfriedigungsgesetze) geraubt wurde. Ein hübsches Beispiel davon bietet der Wald von Epping in der Umgegend Londons. Dort hatten die armen Leute seit unendlichen Zeiten das Recht, sich Feuerung für den Winter zu holen, und zwar vom 11. November an. Das paßte den Aristokraten nicht in den Kram, sie suchten sich den Wald auf jede Weise anzueignen und schenken die gemeinsten Mittel dazu nicht. Zum Beispiel luden die Lords der Gegend die ganzen Bewohner zu einem großen Gastmahl ein und versuchten sie über die Winternacht des 11. November hinaus zu berauschen, so daß ihnen ihr Holzrecht durch das Unterlassen einiger Formen verloren ginge. Aber Einer blieb nüchtern, stahl sich vom Feste hinweg und warf die Art in einen Baum, so daß die Herren Lords gepreßt waren. Später benutzten die Herren die Unwissenheit der ländlichen Beamten, um dieses Recht illusorisch zu machen. Doch ein alter Mann, Namens Billengale, benutzte sich nicht, holte sein Holz wie früher und wurde eingesperrt. Er konnte kein Recht erhalten, denn die Justiz in England ist sehr theuer, und auf dem den Armen gestohlenen Lande stehen heute — die Pächthöfe der Reichen. Es sind das die aristokratischen Communitäten, die dem Armen sein letztes Schaf stehlen. Billengale glaubte an sein Recht und zum Lohne für diese Karrierist schickte man ihn und seine Söhne ins Gefängniß und zur Zwangsarbeit! Der Reiche, der selber einen großen Theil des Waldes annektiert hatte, sprach das Urtheil. Es giebt eben zwei Gesetze: eins für die stehlenden Reichen und eins für die hungernden Armen!

— Wer es noch nicht wissen sollte, dem wollen wir es ganz im Geheimen sagen: in dem "Rechtsstaat" Preußen existirt ein Vereins- und Versammlungsrecht. Wir bitten aber, über diese Mittheilung die tiefste Verschwiegenheit zu beobachten, da wir sonst der Gefahr ausgesetzt würden, von der Breslauer Polizei der Verläumdung des "Rechtsstaats" Preußen geziehen werden zu können. Diese Behörde nämlich — wir meinen die Breslauer Polizei — scheint nicht die blasse Ahnung davon zu haben, daß es in Preußen ein Vereins- und Versammlungsrecht giebt, welches auszuüben keinem unbescholtenen Menschen gewehrt werden kann, denn schon seit Wochen sucht die Breslauer Polizei einen Raum darin, den dortigen Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht zu verkleinern. Daß die sich versammeln wollenden Arbeiter aufgelöst politischen Vereinigungen angehört haben, thut hier gar nichts zur Sache. Das Vereins- und Versammlungsrecht existirt nun einmal in Preußen, und mehr als dieses Recht auszuüben, wollen die Breslauer Arbeiter nicht. Hier nur wenige Beispiele, wie die Polizei in Breslau über das Vereins- und Versammlungsrecht denkt. Die "Neue Breslauer Morgenzeitung" schreibt:

Für Mittwoch Abend, den 25. November, waren bei "Scholz" drei Volksversammlungen polizeilich angemeldet worden. Sämmtliche Einberufer dieser Versammlungen waren vorher in den Amtlokalen der betreffenden Revier-Kommissariate über Zweck, Ziel u. d. d. dieser Versammlungen umständlich vernommen worden und wurden hierüber ausdrücklich befragt, ob dies etwa Versammlungen der "geschlossenen Vereine" seien, ihnen auch gleichzeitig bedeutet, daß der Einberufer einer solchen Versammlung in "Hasi" genann-

werde. Dies Verfahren mag wohl den Einberufer der ersten Versammlung, Herrn Steinweg Ködner eingeschüchelt haben, denn derselbe gab die Bescheinigung seiner Versammlungs-Werbung an die Polizei zurück, weshalb die erste Versammlung gar nicht stattfand. — In der zweiten Versammlung, welche von Herrn Schneider Großer einberufen war, sprach Herr Reinders, der bekannte sozialdemokratische Agitator über "den Winter". Bei der höchst harmlos gehaltenen Erklärung, daß der Reiche aus warmer Stube das Schneetreiben des Winters ruhig ansehen könne, während es Viele giebt, denen das nothwendigste Heizungsmaterial, resp. die Mittel zur Anschaffung desselben, fehle, schloß der überwachende Polizeibeamte, Commissar Hagemann die Versammlung und läßt Herrn Reinders sofort verhaften und nach der "Schmerzhaften" abführen. Die dritte Versammlung, von Herrn Walter Heyl einberufen, welcher ebenso wie Herr Großer ein Mitglied der geschlossenen Vereine gewesen ist, erreichte ohne polizeiliche Auflösung ihr Ende, nachdem ein Artikel aus einer hiesigen Zeitung, die sozialdemokratischen Versammlungen betreffend, vorgelesen worden war.

Nicht besser erging es den Breslauer Arbeitern in der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts an einen anderen Abend. Man lese nur:

Fünf Volksversammlungen fanden gestern Abend in einem und demselben Versammlungsorte statt. — Das ist unerhört in jeder Beziehung. Wen sollen wir mehr bedauern, das Publikum? die Polizei oder die armen gequälten Reporter, welche sämmtlich von 6 bis 10 1/2 Uhr getreu aussharrten oder aussharren mußten. Der größte Theil der Schuppleute allerdings verstand es, sich die Langeweile zu vertreiben, denn wer die Lokalitäten der "Breslauer Brauhaus-Altkien-Gesellschaft, vormals Weberbauer" betrat, glaubte, daß daselbst eine "Schutzmannswache" etablirt sei, hier konnte man sicher sein, stets 15 derselben "Hägen" zu sehen. Wir wissen nicht, ob diese 20 Schuppleute nur für Volksversammlungen angestellt sind, zwei Fälle sind jedoch nur möglich, entweder Breslau hat Ueberfluß an "Schuppleuten" oder man sucht in verschiedenen Straßen der Stadt zur Zeit dieser Versammlungen im Falle der Noth vorgebens nach dem "Wächter des Gesetzes". Doch nun zur Sache selbst. Kannst Du Dir, lieber Leser, denken, welche Portion von Niedertracht dazu gehört, bloß der Polizei zum Aerger in dem dichtgedrängten, 10 Fuß hohen "Saale" bei Scholz 5 Stunden aussharrten, um nichts als 5 Akte einer "Poffe" zu sehen, von welcher ein Akt dem andern fast gleich ist? — Um halb 7 Uhr betrat Herr Schuppmacher die Tribüne, eröffnete und schloß gleichzeitig den ersten Akt. — Um 7 1/8 versuchte Herr Florian den Büreauwechsel für die zweite Versammlung vorzunehmen, sieht sich aber hierin durch polizeiliche Auflösung gehindert. Räumung des Lokals, um 8 Uhr Wiedereröffnung. Um 7 1/2 eröffnet Herr Reinders die dritte Versammlung, macht es aber eben nur wie Schuppmacher und schließt dieselbe. Um 9 1/2 Uhr hat Herr Andersohn das Vergnügen, die Büreauwahl durch polizeiliche Auflösung der Versammlung inhibirt zu sehen. Räumung des Lokals; um 10 Uhr wieder Eröffnung. Herr Fischer eröffnet um 10 1/2 Uhr und "vertagt" auf eine Viertelstunde; nachdem er dann wieder eröffnet, theilt er den zahlreich Anwesenden mit, daß am Mittwoch eine "Vorlesung" stattfinden werde und schließt unter nicht ebenwollendem Bravo die fünfte Versammlung. Wo bleibt da Vereinsgesetz und seine gerechte Handhabung?

Apropos! Der preussische Justizminister Leonhardt hat den früheren verantwortlichen Rektoren des "Volksstaats", Preiger, wegen einer in der Nr. vom 25. September abgedruckten Correspondenz aus Breslau verhaftet und ist Preiger auch bereits zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt, weil in derselben gesagt war, die Breslauer Polizei handle im Auftrage von Oben. Der Justizminister Leonhardt lehnt also indirect jede Verantwortlichkeit für das Gebahren der Breslauer Polizei ab. Der Herr Justizminister Leonhardt verdient für dieses der Breslauer Polizei gewiß unabschätzlich ertheilte Desavouir unser Lob, wenn er nur auch darauf hinwies, daß ihrem Treiben ein Ende gemacht würde, anstatt Strafandrohungen zu stellen gegen die Presseorgane, welche für gesetzlich garantierte Volksrechte in die Schranken traten. Nun, so oder so — und ist's recht!

— Wie sehr sich die "Volksvertreter" die Wahrung der Interessen des arbeitenden Volkes angelegen sein lassen, das beweist wieder einmal das Schicksal einer Petition, welche die deutschen Cigarrenarbeiter dem deutschen Reichstage unterbreiteten, und in welcher sie die Beschränkung der Cigarrenfabrikation in den Straf-Anstalten forderten. Ueber diese Petition lesen wir in verschiedenen Zeitungen:

In der Sitzung der Petitions-Commission des Reichstages kam eine Petition von Cigarrenarbeitern, in welcher die Beschränkung der Zahl der Cigarrenarbeiter in den Strafanstalten verlangt wird, wiederholt zur Berathung. Der Referent, Abgeordneter Dr. Müller (Südb.) nahm Bezug auf eine gleiche Petition, welche der Commission zur Zeit des norddeutschen Bundes vorgelegen hatte. In dem damaligen Beschluß der Commission wurde der Reichskanzler ersucht, die Bundesregierungen auf das Verhältniß zwischen der freien und Zwangsarbeit aufmerksam zu machen und die Petition der Cigarrenmacher in Erwägung zu ziehen. Der Referent fragte den Regierungscommissar um den Erfolg der vom Reichskanzler eingeleiteten Verhandlungen. Der Vertreter der Regierung äußerte sich dahin, daß die bezüglichen Mittheilungen an die Bundesregierungen ergangen, "der Erfolg aber unbekannt sei". Hierauf wurde der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Also auf die bloße Erklärung des Regierungscommissars hin, daß die eingeleiteten Verhandlungen — die nun bereits seit vier Jahren gepflogen werden — bis jetzt keinen Erfolg gehabt hätten, votirt die Petitionscommission ganz gelassen den Uebergang zur Tagesordnung, anstatt darauf zu dringen, daß den Petenten endlich klarer Wein eingeschenkt werde. Und wohlgemerkt, es handelt sich um das Wohlergehen von fast einer halben Million Menschen, über das so leichtfertig entschieden worden ist. Dabei ist noch zu bedenken, oder hätte vielmehr die Petitions-Commission bedenken sollen, daß die Regierungen fortfahren, die Zwangsarbeit auf dem Arbeitsmarkte feilzubieten. — Allen Respekt vor solchen "Volksvertretern"!

— Der Kulturkampf im Reichstage. Eine Scene wie am Freitag ist in einer deutschen parlamentarischen Körperschaft wohl noch niemals vorgekommen. Daß sozialistische Abgeordnete mit pöbelhaften Ausdrücken bedacht, ihnen die geballten Fäuste vor Gesicht gehalten, ja indirecte Schläge angedroht werden — das ist nichts Neues für uns. Daß aber ein Minister, und zwar der leitende Minister eines Staats es fast zur Prügelei treiben und von einem Theil der Versammlung mit Pfui! zur Ordnung gerufen; daß Vertreter der Ordnungsparteien einander um ein Haar, nicht sichtlich sondern wörtlich ohrenfeigen und die Köpfe paden würden — das hätte vor letztem Freitag Jeder

mann für unmöglich gehalten; und doch ist es nur eine schwache Skizzirung dessen, was sich in jener denkwürdigen Sitzung ereignete hat. Der Kultur der Kulturkämpfer ist die Maske abgerissen worden.

Und das hat mit seinen Nerven Der geniale Staatsmann gethan!

In nächster Nummer Näheres über das unerhörte Schauspiel, dem unsere Abgeordneten mit aufrichtigster „Heiterkeit“ zusahen. Einstweilen verweisen wir auf die in den Zeitungen abgedruckten Sitzungsberichte, die zwar die „Genialitäten“ des Fürsten Bismarck für abschwächen aber die bedenkliche Wahrheit doch durchblicken lassen.

— Fürst Bismarck hat uns wieder mit vier Anklagen beehrt, und zwar, erstens wegen der Notiz in Nr. 123 „Der in einem Glashaufe wohnt“ (handelnd vom Sachsenwald, der Papierfabrik, Bazariner Zweigbahn und anderen schönen Dingen dieser Art), zweitens, drittens und viertens wegen dreier Notizen in Nr. 124 (Fall Arnim betr.; Anfrage an die Offizien hinsichtlich der Quelle, aus welcher die Prozeßlieferanten des Fürsten Bismarck Speise erhalten; und — Wagener's Mission nach Eisenach!) Die bewundern den Muth des Fürsten, und sind begierig darauf, wie er die in den betr. Notizen erwähnten Thatsachen aus der Welt schaffen wird.

— Parteigenosse Walster in Dresden hat am 1. Dezember eine Gefängnißstrafe von 8 Wochen angetreten und zwar wegen heute nicht mehr ungewöhnlichen Vergehens der Beleidigung eines Staatsbeamten. Dieses Mal ist es ein Staatsanwalt, dessen schändlich Walster gekränkt hat. Außerdem beherbergt das Dresdener Gefängniß noch einen Untersuchungsgefangenen in dem Parteigenossen Peggold, von dem der „Dresdener Volksbote“ sagt, daß er sich noch immer in Untersuchungshaft befindet. Der „Dresdener Volksbote“ würde uns verbinden, wenn er uns sagte, wie lange schon Peggold in Haft gehalten wird.

— Die Aussperrung der Braunschweiger Cigarrenarbeiter, welche bereits einen Monat andauert, ist in eine neue Phase getreten. Die Fabrikanten haben nämlich ihre Fabriken geschlossen, d. h. nur für solche Cigarrenarbeiter geöffnet, die dem deutschen Tabakarbeiterverein nicht angehören. Der Trumpf, den die Fabrikanten hierdurch gegen den Tabakarbeiterverein ausspielen, wird den beabsichtigten Zweck der Schwächung desselben um so weniger erreichen, als der deutsche Tabakarbeiterverein in wahrhaft großartiger Weise seinen Kollegen in Braunschweig zur Seite steht. Das ersehen wir aus dem „Botschafter“, dem Organ des deutschen Tabakarbeitervereins, der in jeder Nummer über namhafte Beiträge für die Braunschweiger Aussperrten mittelt.

— Der in unserer vorletzten Nummer erwähnte Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ist als der Geschäftsordnung zum Verlaufe vom Bureau des Reichstags zurückgewiesen worden.

Aus dem Berichte der Handelskammer für Barmen pro 1873.

In die Handelskammer werden bekanntlich die angesehensten und reichsten und die am meisten Arbeiter beschäftigenden Kaufleute und Fabrikanten gewählt, gewissermaßen die Blüthe der bourgeoisie. Commerzienräthe, Geh. Commerzienräthe, Senatoren, adeliche Fabrikanten, meistens mit hohen Orden decorirt — wegen ihrer Verdienste um die Industrie, die blühend sind — bilden gewöhnlich das Gros solcher Institute. Wenn der Herr Sparzog von Epernay in seiner Broschüre: „Wider die Sozialdemokratie und Verwandtes“ gerade den Bezirk „Elberfeld-Barmen“ als paradisisches Gefilde für die Arbeiter schildert, so scheint er denn doch arg auf dem Holzwege zu sein, denn wo man „die bösen Sozialdemokraten“ so fürchtet, wie dies in dem Berichte der Barmen Handelskammer geschieht, da muß die „Harmonie“ wohl etwas durchlöcherter sein. Doch gehen wir zu dem Berichte über und lassen wir die einzelnen Positionen der kapitalistischen Arbeiter-Versorgung folgen. Da kommt zuerst die Arbeiterfrage. Hier heißt es unter Anderem:

„Der Ernst der Situation läßt sich nicht verkennen. Während die beiderseitigen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf ein möglichst einträgliches Zusammenwirken hinweisen (???) ist durch das aufreizende Treiben gewissenloser Agitatoren ein Antagonismus künstlich hervorgerufen und genährt worden, der immer bedenklichere Dimensionen annimmt. Schrankenlose Willkür hat sich eines großen Theils der Arbeiter bemächtigt. Unbelümmert um das Wohl und Wehe ihrer Branche, stellen sie die exorbitantesten Forderungen, deren Nichterfüllung sie zu massenhaften Streiks anreizt. Schon für manchen Industriezweig hat ein derartiges Vorgehen den gänzlichen Ruin zur Folge gehabt. Augenblicklich übertrifft man allerdings weniger von diesen Ausschreitungen. Der Grund liegt nahe: Es ist eine Stodung im Handel und der Industrie vorhanden, welche eine gewisse Vorsicht gebietet. Der Kontraktbruch im Einzelnen nimmt trotzdem ungehindert Fortgang. Das Gefühl für die Rechtsverbindlichkeit des Arbeitsvertrages ist in beklagenswerther Weise abhanden gekommen.“

Wohr nun diese Entstillung der arbeitenden Klassen, während doch die bestehenden Stände jeden Tag an „Gottessucht und kommerzieller Sitte“ ersichtlich zunehmen? fragt die entrüstete Handelskammer, und die Perrücken und Bäuchlein der „Ehrbarkeit“ gehen bedenklich ins Schwanken. Nun ganz einfach: „die Todten reiten schnell“, aber der Bismarck mit seinen Gesetzen „reitet noch schneller“. Wir sind zu schnell vorgefahren. Jaraud! schreien die Gensdarmen. Wir haben in wenigen Jahren volkswirtschaftlich erreichen wollen, wozu die „politisch viel reiferen Engländer“ 50 Jahre gebraucht haben. Das war vorwiegend. May Wirth wird citirt: „Die Bildung ist ein großes gemeinsames Kapital, an dessen Renten die ganze zusammenlebende und kommende Menschheit participirt; diese Renten sind die Ordnung, Ruhe, Sicherheit, Friede und Freiheit, die Möglichkeit des Zusammenlebens mit möglichst wenig gesetzlichen Beschränkungen, daher auch Vermehrung des Bestes und Expansion der Kräfte eines jeden nach möglichst vielen Seiten hin.“

May Wirth ist der „Volkswirth“ der Handelskammer, wie natürlich. Den Lesern des „Volkstaats“ ist er genügend bekannt, wonach, können sie ihn aus oben citirtem Satze genügend kennen. Was die Möglichkeit des Zusammenlebens mit möglichst wenig gesetzlichen Beschränkungen betrifft, so ist die beste Illustration dazu die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes und die Verfolgung der sogenannten reichsfeindlichen Parteien. Statt Vermehrung des Bestes muß es heißen „Abschaffung der Ausbeutung“. Was die Expansion der Kräfte eines jeden nach

möglichst vielen Seiten hin anbelangt, so ist diese unter den heutigen Verhältnissen unmöglich. Im Gegentheil, von Millionen fruchtbarer Menschenspflanzen ist kaum Einem die Expansion garantiert. Herr Wirth läßt entweder absichtlich oder — er ist ein Narr. Aber zu den früheren Zuständen möchte selbst die Barmen Handelskammer nicht zurückkehren. Sie möchte mit der Regierung einige Palliativmittel anwenden. Zu diesen gehören:

a) Pensionsklassen für Arbeiter. Die Handelskammer spricht sich gegen dieselben aus. Nachdem von den Normativbestimmungen gesprochen ist, die gesetzlich geregelt werden müssen, am z. B. dem Staate die nötige Kontrolle zu sichern, fähig der Bericht fort:

„Ein weiteres Vorgehen halten wir dagegen mit Rücksicht auf den Eintrittszwang der Arbeitnehmer und die Beitragspflicht der Arbeitgeber für unvereinbar mit der individuellen wirtschaftlichen Freiheit. Was den ersten Punkt anbelangt: — nämlich die Pensionsklassen — so passen die dafür geltend gemachten Momente noch auf eine große Anzahl anderer Staatsangehörigen, Dienstboten, Privatbeamte, Handlungsgehilfen u. s. w., welchen ebenfalls mit dem Verluste ihrer Arbeitskraft in der Regel die einzige Quelle des Einkommens versiegt. Warum soll die in Rede stehende Einrichtung nicht auch auf sie Anwendung finden? Will man überhaupt den jenem Zwange zu Grunde liegenden Gedanken consequent durchführen, so wird man zu der Utopie einer die sämmtlichen Einwohner des deutschen Reichs umfassenden Pensionsklasse gelangen, deren Möglichkeit ein sächsischer Abgeordneter (?) in einer allerdings nur für ihn planbaren Weise dargelegt zu haben vermeint. Die unterzeichnete Handelskammer vermag auch nicht die sanguinischen Erwartungen zu theilen, welche vereinzelte Kreise von den Pensionsklassen hegen; sie hat nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß der projectirte Schritt die soziale Frage partiell lösen werde.“

Wir lassen nun einen Passus folgen, der auf die Opferwilligkeit der besitzenden Klassen interessante Schlaglichter wirft:

„Die Beitragspflicht der Arbeitgeber wird sodann von den Kreisen, welche die Gründung der Pensionsklassen befürworten, als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet, und bringt der Mittelrheinische Fabrikantenverein — einer der eifrigsten Befürworter des Projectes — die gewiß nicht zu hoch gezifferte Summe von 30 Mill. Thalern pro anno dafür in Ansatz. Mit Bezug hierauf denken wir nur an, wie wenig gerechtfertigt es sein dürfte, dem Handwerk, dem Gewerbe und der Industrie, welche wahrlich nicht auf Kosten gebettet sind, ein derartiges Opfer zuzumuthen.“

Als Hauptgrund gegen die Möglichkeit allgemeiner Pensionsklassen wird nun noch angeführt die „Freizügigkeit“, die sich besonders in den Centren der Industrie, den großen Städten bemerkbar macht, in der Wirklichkeit der An- und Abmeldeämter. Hierin wäre besonders die Unmöglichkeit der Ausführung zu suchen.

Jetzt kommen Bemerkungen, die ebenso gut Schulze-Devilisch, der große Sparapfel, mit seinen Jüngern gemacht haben könnte, als die Barmen Handelskammer. Z. B.:

„Bei der seit einigen Jahren eingetretenen enormen Steigerung der Löhne ist der fleißige und solide Arbeiter wohl im Stande, seine eigene und die Zukunft seiner Familie gegen gewisse Coeventualitäten zu sichern.“

Und die enorme Steigerung im Preise aller Lebensbedürfnisse?

Es werden nun Renten-Versicherungsanstalten, Privatvereinigungen und besonders Sparcassen empfohlen. Auf letztere wird das Hauptgewicht gelegt. Jetzt kommt wieder ein Abschnitt, der so gebihrig klingt, daß wir die Barmen Handelskammer selbst sprechen lassen:

„Der Arbeiterstand hat jedoch im Großen und Ganzen die wirtschaftlichen Vorteile, welche die ihm so günstigen Lohverhältnisse gewähren, nicht gehörig auszunutzen gewohnt. Anstatt von dem durchschnittlich reichen Ertrage ihrer Arbeit etwas zurückzulegen, vergeuden leider viele denselben in den Schwelgen, die in den Arbeiterquartieren wie Pilze aus der Erde hervorschießen und den Schauplatz der sozialdemokratischen Hegerieen bilden.“

Die Abhilfe verspricht sich die Handelskammer von „gesunder Volkserziehung“. Aber die „hochwürdige Handelskammer“ weiß ja, daß wir Alles für die lieben Soldaten brauchen und dazu Nichts haben. Uebrigens kennen wir Euch Schlangköpfe:

Ihr trinkt heimlich Wein Und predigt öffentlich Wasser.

b) Gewerbegerichte.

„Der dem Reichstage vorliegende Entwurf, betreffend die allgemeine Einführung von Gewerbegerichten, hat der hiesigen Handelskammer Veranlassung zu einer eingehenden Kritik desselben gegeben. In dem an Ew. Excellenz erstatteten Gutachten haben wir mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß es sich dringend notwendig empfehle, die in mehr als 50-jähriger Praxis erprobte Organisation der Rheinischen Gewerbegerichte für das ganze Reich zu acceptiren. Zu unserem lebhaften Bedauern ist eine darauf gerichtete Geneigtheit weder bei der ersten Lesung im Plenum, noch in den Commissionsberatungen zu Tage getreten. Bornehmlich hier gilt aber der Satz, daß die Legislative stets dann von gewagten Experimenten absehen muß, wenn sie vorzüglich bewährten Einrichtungen einen erweiterten Wirkungskreis anzuweisen vermag. Denn gerade mit Rücksicht auf den in der ganzen Frage den Ausschlag gebenden Gesichtspunkt sind die hiesigen Gerichte glänzende Resultate zu verzeichnen. Die Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten soll allgemein — das ist wenigstens der leitende Gedanke — Fachschiebgerichten zufallen. Wie kann diese Aufgabe wohl besser erfüllt werden, als durch die „Rheinischen Gewerbegerichte“, bei denen unter 120,252 anhängig gemachten Sachen 87,300 oder 73% auf dem Wege des Vergleiches erledigt wurden, während nur 32,952 oder 27% die Fällung eines Urtheils erforderten? Daß für die letztere Kategorie das Institut mit allen Attributen der richterlichen Gewalt ausgestattet ist, halten wir für durchaus notwendig und wird ferner der anzustrebende Zweck durch die Zusammensetzung des Collegii aus den Seiten der Interessenten gewählten Richtern, sowie durch das schnelle summarische Verfahren in möglichst vollkommener Weise erreicht. Die Jurisdiction ist sachgemäß, ungemein schleunig und mit sehr geringen Kosten verknüpft. So kann es nicht übersehen werden, daß die Einrichtung, wie bereits in unserem vorjährigen Berichte hervorgehoben ist, sich einer ganz ausnehmenden Beliebtheit erfreut. Neuerdings zeigte sich dies wieder eclatant, als durch Gerüchte, welche sich glücklicherweise nicht bestätigt haben, die Befürchtung wachgerufen wurde, man beabsichtige, die Rheinischen Gewerbegerichte im Interesse einer einheitlichen Gerichtsorganisation zu beseitigen. Mit seltener Einstimmigkeit legten die Theilnehmer bei dem Reichstage gegen eine derartige Intention Verwahrung ein und wird wohl dieser Unbestand seinen Einfluß auf die Beratungen desselben um so weniger verschleppen, als der

Entwurf die Beibehaltung des status quo ausdrücklich vorgezeichnet hat.“

c) Lohnbeschlagnahme. Soll übrigens die gedeihliche Wirklichkeit der Gewerbegerichte in ihrem ganzen Umfange zur Geltung kommen, so erscheint uns eine Abänderung des Gesetzes vom 21. Juni 1869 in dem Sinne unvermeidlich, daß die Zulässigkeit der Beschlagnahme des Lohnes, etwa zu einem Fünftel, behufs Vollstreckung gewerbegerichtlicher Erkenntnisse wieder für zulässig erklärt wird. Nichts vermag demoralisirender zu wirken, als daß dem Arbeiter sich aufränzende Bewußtsein, daß, trotzdem er rits verurtheilt worden, der Arm der Gerechtigkeit ihn dennoch nicht zu erreichen im Stande sei. Am meisten schadet dieses Moment in den Fällen, welche ein widerrechtliches Verlassen der Arbeit zum Gegenstande haben. Weil es ungestraft geschieht, deshalb wird der Arbeitskontrakt mit ungläublichem Leichtsinne gebrochen; diese Neigung würde sich verlieren, wenn dem Urtheile die Exekution auf dem Fuße folgte. Das Princip der Unzulässigkeit der Lohnbeschlagnahme ist bereits nach zwei Richtungen hin durchbrochen worden: in Betreff der Einziehung von Steuerrückständen und der gesetzlichen Alimentation. In Beziehung auf die Arbeit wird gefordert, ist es da nicht natürlich, den Ertrag der Arbeit für haftbar zu erklären? Schließlich weisen wir darauf hin, daß durch die Annahme unseres Modus die criminelle Abhandlung des Kontraktbruchs überflüssig werden dürfte, da der Arbeiter sich schon bald nothgedrungen zu einer gewissenhafteren Auffassung der von ihm eingegangenen Verbindlichkeiten bequemen wird.“

Ganz abgesehen davon, daß ja heute so viele Schwindelacten unbestraft bleiben — bedeutend strafbarer als das Arbeitsverlassen des Arbeiters, welches meist durch die Schuld des Arbeitgebers hervorgerufen wird — ganz abgesehen davon, daß durch die Aufhebung der Schuldbast den leichtsinnigen Schuldenmacher „auch der Arm der Gerechtigkeit zu erreichen nicht im Stande ist“, ist es doch wirklich staunend, den Ertrag der Arbeit für haftbar erklären zu wollen. Der Ertrag der Arbeit fließt ja als unbezahlte Mehrarbeit in die Tasche des Arbeitgebers und der Lohn, den die Handelskammer wahrscheinlich mit Ertrag der Arbeit ausdrücken wollte, erhebt sich ja nie über die Höhe, die zur Erhaltung des Arbeiters und seiner Familie durch die nothwendigsten Lebensbedürfnisse hinreicht, wenn auch die Handelskammer bei den Pensionsklassen von den enorm hohen Löhnen und der Verschwendungsjucht der Arbeiter zu sprechen beliebt. Die Löhne sind in der That nicht mit dem Steigen aller Lebensbedürfnisse auch entsprechend gestiegen, was eine gewissenhafte unparteiische Statistik leicht mit Zahlen belegen könnte. Bei Steuerexekution ist es dem Exekutor verboten, den letzten Rock des Arbeiters z. B. zu pfänden. Nun der heutige Arbeitslohn des Arbeiters ist — eben sein einziger und letzter Rock, der gerade zur Deckung seiner Blöße hinreicht. Nehmt ihm diesen Rock und er liegt nackend auf der Gasse. Die Unmöglichkeit auch nur den Hundertsten Theil des Lohnes mit Beschlag zu belegen, leuchtet hierdurch auch wohl dem blödesten Auge ein.

Aufruf zur Gewerkschaftsagitation in den Bezirken der Harzgegend, in Braunschweig, Magdeburg, Hannover, Hildesheim, Bremen und Hamburg.

In Bezug auf den Aufruf vom vorigen Monat, durch welchen allen Gewerkschaften die zu Stande gebrachte Uebereinkunft der Agitationsverhältnisse mitgeteilt wurde, der leider aber von den meisten Gewerkschaften nicht scheint verstanden worden zu sein (oder sie glauben doch, es dabei bewenden zu lassen), ersuche ich nochmals alle Genossen und fordere selbige auf, unverzüglich sich mit dem Central-Agitations-Komitee in schriftlichen Verkehr zu setzen. Glaube man nicht, daß es schon genügend sei, bei irgend einem Zusammenkommen Beschlüsse gefaßt zu haben und außerdem beim Stillschweigen zu beharren, dieselben müssen durch Thätigkeit zum Ausdruck kommen. Es müssen Versammlungen abgehalten werden an jedem Ort, wo nur Boden vorhanden ist zur Gründung einer Gewerkschaft; ist kein Boden vorhanden, so muß gute Aufklärung ihn verschaffen. Kann an irgend einem Orte eine Versammlung stattfinden und es fehlt an agitatorischen Kräften, so wende man sich an das zunächst gelegene Agitations-Komitee, ist dieses nicht im Stande, den Anforderungen zu entsprechen, so kommt das Central-Agitations-Komitee mit Rath und That zu Hülfe, man verlange es nur. Dies Alles kann aber nur hauptsächlich durch die Vereinigungen der Gewerkschaften sowie eine regere Theilnahme ausgeführt werden, vor allem müssen wir in den Besitz genauer Adressen gelangen; bis jetzt haben sich wenige Orte bezogen gefunden, und ihre Aufmerksamkeit zu wohnen. Wenn es verlangt wird, daß das Central-Agitations-Komitee seine Kraft verwerthen soll, so verlangt dasselbe demgegenüber von allen Organisationsgenossen auch vollkommene Unterstützung, indem auch diejenigen, durch welche wir beauftragt sind, ihre Schuldigkeit thun. Ich fordere nun noch alle Gewerkschaften auf, statistisches Material einzuschicken über die Höhe der Arbeitslöhne, Arbeitszeit und über die Höhe der durchschnittlichen Ausgaben zur Bestreitung des Lebensunterhaltes, indem wir dies der Öffentlichkeit vorlegen, können wir denjenigen Gegnern, welche absolut zum Prahlern geneigt, zeigen, in welcher Unwissenheit sie sich befinden; ebenso müssen alle Fabrikordnungen und Einrichtungen, durch welche dem Arbeiter Nachtheil erwachsen kann, übermittelte werden.

Nun, Gewerkschaften! Auf jetzt Alle! Es ist nicht mehr Zeit zu träumen, der Tag vertreibt die finstere Nacht, es gilt den Samen zu streuen.

Alle Gewerkschaften, welche Gelder zur Unterstützung der Agitation beitragen, haben dieselben an den Kassirer H. Krause, Weinhardts Hof Nr. 9, 3 Treppen, zu senden, Briefe und Korrespondenzen an Unterzeichneten.

Mit Brudergruß. Für das Central-Agitations-Komitee: J. A. C. Ludolf, Geschäftsführer, Reichenstraße 6a, 3. Tr.

Braunschweig, 15. November. NB. Ich ersuche Alle Genossen, welche Briefe von mir erhalten haben, selbige sofort zu beantworten insoweit dies noch nicht geschehen.

Hamburg. (Ein Rechenexempel als Berichtigung der Angaben des Ausschusses der Metallarbeitergewerkschaft in Nr. 139 des „Volkstaats“.) Der Ausschuss der Metallarbeitergewerkschaft schreibt da: „Ein einfaches Rechenexempel kann und belehren, was die obligatorische Einführung der „Union“ zur Dejminderung der Hauptlaste beitragen würde“, und er berechnet dann, um eine recht große Summe herauszubekommen, für 1500 Exemplare den Postpreis à 4 Gr., obgleich wir vor wenigen Wochen erst bei gleicher Gelegenheit öffentlich im „Volkstaat“ erklärt haben, daß bei obli-

gatorischer Einführung der Preis pro Exemplar nur 2 1/2 Gr. beträgt.

Wir sind deshalb auch so unbarbarisch, von den vom Ausschuss der Metallarbeitergewerkschaft berechneten 800 Thlrn. sofort fast die Hälfte, 300 Thlr. zu streichen, da 1500 Exempl. à 2 1/2 Gr. pro Quartal nur auf 125 Thlr. zu stehen kommen. Konstatieren wollen wir aber noch, daß der Ausschuss es überhaupt gar nicht der Mühe werth gehalten hat, auch nur mit einer Silbe mit uns darüber zu verhandeln.

Doch berechnen wir weiter die schreckliche Degimierung der Hauptkasse durch die obligatorische Einführung der „Union“. Der Ausschuss der Metallarbeitergewerkschaft berechnet also 1500 Mitglieder. Dieselben zahlen pro Quartal à Mitglieds 13 Gr. = 650 Thlr. Steuern. Macht pro Jahr also 2600 Thlr. Davon fließen laut Statut drei Viertel Theile in die Hauptkasse = 1950 Thlr., so daß trotz der heillosen Degimierung von 500 Thlr. immerhin noch 1450 Thlr. zu andern Ausgaben übrig bleiben. Und wir meinen nun, so gut die Gewerkschaft der Holzarbeiter eine Degimierung ihrer Kasse durch die obligatorische Einführung der „Union“ ganz schmerzlos ertragen hat, und so gut die Maurer- und Zimmerergewerkschaft mit 30 Proz. weniger Einnahmen als die Metallarbeitergewerkschaft die „Union“ obligatorisch eingeführt hat, gerade so gut, ja noch besser können das die Metallarbeiter auch, wenn — ja wenn der gute Wille dazu vorhanden wäre.

Daß beim Ausschuss in Braunschweig das Gegentheil der Fall ist, ist ein öffentliches Geheimnis, warum dieses denn noch hinter einem falschen Rechenexempel verbergen?

Für die Centralverwaltung: Th. Jord.

Correspondenzen.

Neuschönfeld. „Die Wahlumtriebe der reichsfreundlichen Parteien im 14. sächsischen Wahlkreise und die Einigungsfrage der deutschen Sozialdemokratie“, so lautete die Tagesordnung einer Montag, den 30. November, in Sanssouci abgehaltenen, von mindestens 1000 Personen besuchten Volksversammlung. Namentlich aus Leipzig trat an Stelle des in Reichstagsgeschäften nach Berlin gereisten Liebtnecht als Referent auf. Als Grund zur Aufstellung dieser Tagesordnung gibt Redner das Verhalten der reichsfreundlichen Presse während und nach der Wahl an, vor allen Dingen aber die Ankündigung des „Leipziger Tageblattes“ den Untergang der Sozialdemokratie durch die Statistik nachweisen zu wollen. Dem entgegen wollten auch wir mit der Veröffentlichung der Lügen und Verleumdungen vorgehen, welche sich die reichsfreundlichen Parteien im Wahlkampfe der Sozialdemokratie gegenüber hätten zu Schulden kommen lassen. Von allen Wahlbeeinflussungen seien die gefährlichsten die von den herrschenden Parteien in der Presse ausgestreuten Lügen über das Wesen der sozialdemokratischen Forderungen. Da würden alle die alten Schimpfereien, als da sind: Vaterlandslose, Reichsfeinde, Kulturfeinde, „Eigenthum ist Diebstahl“, Petroleumwirtschaft der Pariser Commune, Feinde der Ordnung, des Rechts, des Besten, der Familie und Gott weiß, wie all das Zeug heißt, was die Bourgeoisie in Worten verehrt und täglich, ja stündlich mit Füßen tritt, aufgetischt. Gegen die Sozialdemokratie mußte all dies alte abgedroschene Zeug wieder herhalten. Es bedurfte jedoch keiner großen Anstrengung, um diese verläumderischen Behauptungen unter dem Beifall der Versammlung zu widerlegen. Wie selbst die Behörden wiederum für die Besingenden Partei ergriffen, zeigt am Besten ein Vorfall in Witzitz bei Borna. Dort war für den 3. November eine Wählerversammlung einberufen worden, und hatte auch der Einberufer vom Gemeindevorstand die Bescheinigung, mit dem Distriktstempel versehen, erhalten, daß die Versammlung vorgeschriebenemgemäß angemeldet sei. Als man aber mit der Eröffnung derselben vorgehen wollte, kam im Auftrage der Amtshauptmannschaft zu Borna der Gendarm Frenzel und sagte, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, weil sie — nicht vorgeschriebenemgemäß angemeldet sei. Dies ein Beispiel. Doch als Curatorium noch ein zweites. In Borna mußte am Wahltag die Schützengilde eintreten, jeder Schütze bekam einen Stimmentel für Rönnerig und so rückten diese edlen Schützenbrüder ins Wahllokal. Solche und ähnliche Mittel, z. B. Confiskation unserer Wahlaufsätze, wurden von den „gesinnungstüchtigen“ Reichstreuen angewandt, um dem Candidaten der Arbeiterpartei den Sieg streitig zu machen. Die „Gesinnungstüchtigkeit“ dieser „edlen“ Herren wurde uns am Besten bewiesen durch das Hand in Hand gehen der Parteien, die sich noch vor Kurzem in dem bekannten Leipziger Amtsblattes auf das Blühendste bekämpft hatten. Ja noch mehr, während des Wahlkampfes war es, daß Eugen Richter, der Hauptmatador der „Fortschrittler“ gegen die Nationalliberalen auf das Entschiedenste zu Felde zog. Und wir dürfen uns nicht wundern, wenn das „Leipziger Tageblatt“ auf der einen Seite die Freundschaft der Conservativen, Nationalliberalen und Fortschrittlerpartei besuchte, auf der andern aber sich mit den Fortschrittlerherren herumschlug. Solche Sachen sind, seitdem die Besinnungskumperei zum Handwerk gehört, an der Tagesordnung. Und wie viel der mit solchen Mitteln ersochene Sieg aus? 300 Stimmen fehlten Herrn v. Rönnerig noch an der Zahl, welche er im Januar d. J. bei der Stichwahl erhalten hatte. Die große Masse der Wähler hatte sich nicht an der Wahl betheiligt, weil sie sich sagte, daß der Reichstag machtlos sei, daß die Regierung resp. Bismarck doch machten was sie wollten. Das Umsichgreifen einer solchen Erkenntnis in einem vorwiegend ländlichen Bezirk ist die größte Niederlage, welche unsere Gegner je erlitten hatten. — Die Anwesenden noch zum einzigen Vorgehen, zum Studium der sozialen Frage auffordernd, schloß der Redner seinen zweifelhafte, mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag.

„Selbst denken, selbst erkennen, selbst handeln muß das Volk, um die papierne Verfassungsurkunde zur lebendigen Verfassungswahrheit zu machen.“

Als weitere Redner traten noch auf die Herren Otto, Arnold und Finl, alle sich dem Referenten anschließend. Der Geist, der die Versammlung besetzte, hat uns den besten Beweis geliefert, daß alles Fremdengeheim ob des Rückgangs der Sozialdemokratie verkrüppelt war, er hat uns gezeigt, daß die Sozialdemokratie in den Köpfen unserer Arbeiter lebt, und leben wird, wenn die Geschichte längst über das Zeitungsgeflüster unserer reichsfreundlichen Pressbanditen zur Tagesordnung übergegangen sein wird.

Hannover. Am 16. November wurde eine von der hannoverschen Volkspartei (?) einberufene Volksversammlung abgehalten, welche von circa 4000 Personen besucht war. Auf der Tagesordnung stand das Landsturmgesetz, über welches Herr Fischer referirte. Genannter Herr unterzog das Landsturmgesetz einer scharfen Kritik und betonte hauptsächlich, daß uns keinerlei Garantie geboten würde, daß beim eintretenden Kriege der Landsturm nicht als Landwehr verwendet würde, ja sogar außer Landes schicken müßte, und daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der letzte Rest von Freiheit dem Volke genommen sei. Der Referent

hoffte ferner hervor, daß ein solcher Krieg, und ziele er noch so glänzend aus, immer dem Volke schaden würde, und daß nur solche Herren für den Krieg stimmten, welche ein persönliches Interesse dabei verfolgten. Die Ausgaben für das Militär stiegen von Jahr zu Jahr, während die Schulen aus Mangel an Lehrern geschlossen werden müßten und die fungierenden Lehrer so schlecht besoldet würden, daß sie Noth leiden müßten. Bei Fortsetzung einer solchen Volkswirtschaft sei die Massenarmuth die unausbleibliche Folge. Eine von dem Referenten eingebrachte Resolution gegen das Landsturmgesetz wurde einstimmig angenommen. An der Debatte theilnahmen mehrere Personen unter allgemeinem Beifall.

Trenndörfern, 15. November. Wir sind nicht in der Lage, über abgehaltene Volksversammlungen zu berichten, da uns hier die Agitatoren fehlen. Unsere Ludenwalder Parteigenossen werden es uns sehr übel anrechnen, daß trotz ihrer Anstrengung vor und bei der Reichstagswahl sich hier doch keine feste Mitgliedschaft gebildet hat, dieses ist aber lediglich der Laubheit der Arbeiter zuzuschreiben, welche zwar ihre Lage begriffen (?) haben, aber nichts thun wollen. Da wir hier nicht öffentlich auftreten können, so sah ich mich mit noch etlichen Genossen veranlaßt, privatim zu agitieren. Wir hatten es lediglich auf die ländlichen Arbeiter abgesehen, und begaben wir uns eines Sonntags nach dem eine Meile entfernten Dorfe Dittersdorf, woselbst Schulz über die Lage der ländlichen Arbeiter sprach. Nach Schluß sprach ich über die Religion und deren Beziehungen zum Sozialismus. Die Versammlung verlief zu Aller Zufriedenheit, und ersuchten uns die Arbeiter, den Besuch bald zu erneuern. Als Nachtrag zu der Versammlung habe ich noch zu erwähnen, daß ich von der Polizei wegen Vergehen gegen § 360 des Strafgesetzbuchs zu 5 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden bin. Auf ergriffenen Rekurs verurtheilte mich das Gericht zu 10 Thlr. Die Klage schwebt jetzt beim Kreisgericht zu Jüterbogk.

NB. Herrn Ehrhard ersuche ich, meinen Brief zu beantworten, damit wir mit der Gründung einer Mitgliedschaft endlich vorgehen können.

Gera, 22. November. Dienstag, den 17. d. M., hatte ich Gelegenheit, in Weiskensfeld einen Vortrag des Herrn Polke aus Berlin mit anzuhören über die Bedeutung der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, resp. deren Organisation. Da jeder Parteigenosse die Bedeutung dieser Gewerksvereine kennt, so kann ich wohl kurz über diesen Punkt hinweggehen. In der Hauptsache gefiel sich Herr Polke in Schwärmereien auf die Sozialdemokratie, die nur Haß zwischen Arm und Reich säen und alles Bestehende umstürzen wolle. Die Gewerksvereine dagegen suchten die Eintracht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhalten und kämpften gegen die Stripes an. Sie wollten auch keine Staatshilfe, sondern gründeten das wirtschaftliche Heil des Arbeiters auf die Selbsthilfe. Auch sei die Lage der Arbeiter nicht so schlimm, als sie die soz.-dem. Agitatoren schilderten. Sodann empfahl Herr Polke den Arbeitern, nach Ausbildung zu streben; sie sollten keine Colportage-romane lesen, die geeignet wären, den Arbeiter zu verblenden; an deren Stelle sollten sie Zeitungen lesen. Der letzte Gedanke des Gewerksvereiners mag passiren, nur hätte er auch die Zeitungen benennen sollen, die zur Ausbildung des Arbeiters beitragen, da es nicht gleichgültig ist, ob die Arbeiter den „Gewerksverein“ oder den „Volkstaat“ lesen. So z. B. würde kein Arbeiter, der mit Aufmerksamkeit den „Volkstaat“ liest, so ungebildet sein, zu behaupten, der Arbeiter könne bei der heutigen Theilung der Arbeit durch wirtschaftliche Selbsthilfe seine Lage bessern; kein „Volkstaat“-lesender Arbeiter würde sich erlauben, in die Welt hinauszulügen, der Arbeiter sei doch nicht gar so schlecht gestellt, wo notorisch die Arbeiter ganzer Distrikte durch Verabreichung sogenannter Kraftsuppen am Leben erhalten werden müssen, und wo, in Folge der verkehrten kapitalistischen Produktionsweise, fast beständig Tausende und aber Tausende von Arbeitern vergebens Arbeit suchen. Das Alles wird kein Arbeiter ansprechen, der den „Volkstaat“ liest. Nun, die Arbeiter werden schon dahinter kommen, wo die Wahrheit steckt, denn stärker als die lächerlichen Sophismen nach links und rechts blügelnder Gewerksvereiner wirken die Thatfachen auf die Ueberzeugung der Arbeiter ein; und aus diesem Grunde konnte mich auch das Hoch, das die Arbeiter am Schluß der Versammlung auf Polke ausbrachten, nicht enttäuschen; wohl aber bemitleidete ich die Hochtuser. S. Senf.

Nürnberg, 27. November. Seit langer Zeit fand hier keine so zahlreich besuchte Volksversammlung, als die von dem Redakteur des „Nürnberg-Fürther Social-Demokrat“, Herrn Grillenberger auf gestern Abend einberufene, statt. Zuerst trat als Referent über den ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Der wahre und der falsche Sozialismus“ der Reichstagsabgeordnete Geib auf. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete: „Der Landsturm-Gesetzentwurf“. Auf Vorschlag des Referenten Grillenberger nahm die Versammlung nachstehenden Protest an:

„Die heutige Versammlung erklärt sich gegen den Landsturm-Gesetzentwurf, wie er dem Reichstag vorgelegt wurde, weil durch Annahme dieses Gesetzes lediglich ein neues Anhängsel für das stehende Heer geschaffen und mithin der Militarismus gekräftigt wird, was vom freirechtlichen Standpunkte aus als entschieden verwerflich bezeichnet werden muß. Da jedoch der gegenwärtige Reichstag in keiner Weise das Vertrauen der Versammlung genießt, so nimmt dieselbe davon Umgang, den Protest dem Reichstage zur Kenntniz zu bringen. Die Anwesenden erklären vielmehr, sich rege an der Arbeiterbewegung betheiligen zu wollen, um recht bald einen Zustand herbeizuführen, unter welchem die Vorlage eines solchen Gesetzes zur Unmöglichkeit wird.“

Tübingen. Letzten Samstag, den 21. November, wurde hier eine allgemeine Volksversammlung — seit längerer Zeit wieder die erste ihrer Art — abgehalten. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Motteler, sprach im 2 1/2 stündigen glänzenden Vortrag vor gefülltem Saale und unter vielem Beifall über: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Dieses allgemeine Thema war um so besser gewählt, als hier, wie überhaupt vielfach in Süddeutschland, über den Sozialismus eine große Unwissenheit herrscht und ein gewisser verstockter Widerwille dagegen, von dem sich kein anderer Grund angeben läßt, als daß die Leute eben zu wenig davon wissen. Und doch wäre bei der bekannten oppositionellen Richtung unserer Landleute der Boden ein für die Agitation so geeigneter und Erfolg versprechender! Und nicht bloß für die Handwerker, Landarbeiter u., nein auch für die hiesige Studentenschaft ist baldige unangesehene Agitation dringender zu wünschen. Denn es ist wahrhaft betäubend zu sehen, daß an einer Stätte der Wissenschaft und Humanität, wie es doch eine Universität sein soll, oft in wirklich unerblicklicher Weise die soziale Frage und deren jetzige praktische Gestaltung behandelt wird. Wenn da so ein Held der Denkkraft in souveräner Großmuthigkeit von seinem Rathgeber herab über den Communismus spricht, „diesen Unsin, der die Güter vertheilen will“, und dann weiter behauptet, „der an sich

berechtigten Arbeitersache sei durch verschwenderisches Leben der Arbeiter aller Grund und Boden genommen!“, so nimmt das eben die Mehrzahl der Zuhörer in ihrer politischen Unschuld wahr an und freuet sich ihres Glaubens! Wenn ferner derselbe erleuchtete Herr Professor die an der Spitze der sozialen Bewegung stehenden Männer als moralische Ungeheuer hinstellt, als „die Arbeiterapostel, die herumreisen und predigen: Sparet nicht!, die die Lächerlichkeit als Prinzip proklamiren!“, überhaupt die Ausrottung — seinetwegen — durch die Häufte des kleinen Herren Lafer (sic!) — der Theorien verlangt, „die darauf ausgehen, daß die Arbeiter nicht arbeiten“, so trägt auch das der unerfahrenen Student als unanfechtbare Weisheit mit sich herum und freuet sich seiner Sicherheit unter der „Dreieinigkeit“ des Haupthaars und seines Gottes, wo man unbeforgt um den Staat kommen lassen kann „die Herren Debel, die zu den Fleißigen sagen: Seid nicht fleißig!“ — Solche gräßliche Entstellungen des Sozialismus, deren Folgen um so unheilvoller sind, als die angeführten herrlichen Ansichten den künftigen Feindern und Leitern des Volkes aufokroyon werden, können nicht eher aufhören, als bis durch unablässige Agitation die überzeugende Kraft der Wahrheit auch hier sich Bahn bricht!

Erklärung.

Unser Parteigenosse Bloß in Mainz ersucht uns, zu erklären, daß der in Nr. 141 dieses Blattes abgedruckte Artikel „Zur Charakteristik des Gefängniswesens in Braunschweig“ nicht für die Veröffentlichung im „Volkstaat“ bestimmt war, sondern demselben nur unserer Aufforderung, Material über die Behandlung gefangener Sozialdemokraten zu liefern, nachgekommen werden sollte. Der Artikel gelangte somit durch ein Versehen zum Abdruck im „Volkstaat“.

Die Redaktion des „Volkstaat“.

Briefkasten.

der Redaktion: Motteler wird dringend ersucht, uns Adresse anzugeben, unter der ihn ein Brief treffen kann.

Quittung.

der Expedition: B. Bismarck hier Ab. 1 Thlr. 2. Kgl. Hof Darmstadt Ab. 11 gr. Sigr. New-York Ab. 11 gr. Hb. Lindenau Ab. 1 Thlr. 1 Thlr. hier Schr. 29 gr. Altm. Magdeburg Photograph. 24 gr. Rob. Wilm Schr. 9 gr. 5. Erdmann Dresden Ab. 11 gr. Eymann Berlin Schr. 10 gr. Fritz hier Ab. 5 gr. 5. Fnt hier Ab. 5 gr. 5. Schr. Lindenau Schr. 6 gr. 5. Sch. Frankfurt Ann. 17 gr. Schunn hier Ab. 5 gr. 5. Jnt. Marksch Schr. 2 Thlr. Toppis Hamburg Ann. 1 Thlr. 3. Wndt. Kirchberg Schr. 6 gr. 5. Schim hier Schr. 1 Thlr. 2. 2. Wndt hier Ab. 5 gr. 5. Singrin hier Ab. 2 Thlr. 24. Es. Mith in Neudorf 1 Thlr. 4. durch Sendung von noch 2 Thlr. 20 gr. ist Ihr Abon. vom 31. Dez. beglichen. R. Müller Bradweide Schr. 19 gr. 5. S. Kelm Berlin Schr. 56 Thlr. 25. 6. Ann. 1 Thlr. 10. Bedmr. Wandstedt Ann. 7 gr. 5. Gblh hier Ab. 6 gr.

Fond für Gemahregelte.

B. Ryl. Weinen In. Fb. Mj. 4 Thlr., v. K. in B. 1 Thlr., v. Kgl. hier 1 Thlr.

14. Wahlkreis.

Von Bredemeyer Wandstedt 1 Thlr. 2. 5.

Quittung und Dank.

Für Heinrich Schenk gilt dabei bei dem Unterzeichneten ein: Von Dresden durch Jntz 2 Thlr., v. Constanz d. Wagner 2 fl., Berlin Beitrag der Vertheilung eines Notizbuches d. Aug. Heil 2 Thlr. 9. 4. v. Jitta vom Ewigenwirth Herrn Mänich 1 Thlr., v. Leipzig Kränzig 1 Thlr., v. Zürich d. C. Lemz 2 Thlr. 5, bei H. Schenk schon eingegangen v. Crimmitschau d. Bösch 2 Thlr. 5. 1. In dem den edlen Gebern im Namen des Empfängers danke, hoffe ich auf weitere Unterstützung, um die Noth zu lindern. August Hartenstein.

Anzeigen u.

Hamburg Freitag, den 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr überbahn's Unkolal, Zeughausmarkt 31:

Öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Der Emanzipationskampf der Arbeiter, Ref. Motteler. 2) Die Braunschweiger Angelegenheiten. Geferst. Mehrere Braunschweiger Kollegen sind anwesend.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Donnerstag, den 10. Dezember, Abends halb 9 Uhr Versammlung in der „Erholung“, Sobestrasse, in den gut geheizten

(Vorderen Lokalitäten.)

Tagesordnung: Wochenbericht. Ref.: Friedrich. — Verschiedenes. Zahlreichem und pünktlichem Erscheinen steht entgegen D. S.

Zur Beachtung.

Meine Adresse ist jetzt: Große Mühlenstraße 4, 2 Treppen. Magdeburg, den 5. Dezember 1874. Fb. Wiemer.

Berichtigung.

Der Kassirer Peter Rath wohnt nicht Banarbeitergang 79 über 5 wie in Nummer 38 angezeigt ist, sondern Bäckerbreitergang 79 über 5 Hamburg. G. Tappendorf.

Zu haben in der Buchhandlung des „Volkstaat“:

Nr. 3 von Lissagaray's Rouge et Noir

Preis 5 Sgr.

Allen der französischen Sprache kundigen Parteigenossen ist die neue Zeitschrift des scharfen Publizisten und tapferen Commandant auf's Wärmsten empfohlen. Rouge et Noir (Roth und Schwarz) steht jedenfalls im Interesse der Rochefort'schen „Laiterie“ nicht nach, und übertrifft sie an Zweckhaftigkeit an Gehalt.

Demnach erscheint in unserem Verlage:

Die Forderungen des Socialismus an Zukunft und Gegenwart.

Eine Schrift zur Vertheidigung und zum Angriff von Bruno Geiser. Redakteur des „Zeitgeist“.

ca. 60 Seiten Octav. Preis 1/2 Mark oder 18 Kr. München. Buchhandlung des „Zeitgeist“ (Kottermann u. Comp.)

Grustgasse, neben dem königl. Stadigericht. Bestellungen hierauf nimmt die Buchhandlung des „Volkstaat“ entgegen.

Erschienen und durch uns zu beziehen ist:

Die Grund- und Bodenfrage.

Von Wilh. Liebknecht. 128 Seiten groß Octav. Preis broschirt 5 Sgr. Expedition des „Volkstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert. Redaktion Sobestrasse 4, Expedition Zeigerstrasse 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.